

Seite: 8
Ressort: Politik
Seitentitel: Die Gegenwart
Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung
Nummer: 231
Auflage: 293.119 (gedruckt) 252.676 (verkauft)
 268.110 (verbreitet)
Reichweite: 0,68 (in Mio.)

Die Globalisierung des Autoritarismus

Die Versuche Russlands, Chinas oder auch Irans, demokratische Gesellschaften mit Hilfe moderner Medien und internationaler Organisationen zu unterwandern, ist Teil eines neuen und unerwarteten Wettbewerbs zwischen demokratischem Liberalismus und autoritärem Illiberalismus. Für die westlichen Demokratien steht zu viel auf dem Spiel, als dass sie diesen Wettbewerb aussitzen könnten.

Von Christopher Walker, Marc F. Plattner und Larry Diamond

Der sogenannte "Fall Lisa", die Geschichte einer dreizehnjährigen Russlanddeutschen, die im Januar dieses Jahres angeblich von einer Gruppe Immigranten in Berlin vergewaltigt wurde, war ein Schock für die deutsche Öffentlichkeit.

Zunächst schien es, als wäre ein abscheuliches Verbrechen geschehen. In den ersten Berichten hieß es, das Mädchen sei auf dem Schulweg von drei Ausländern angegriffen und entführt worden. Mit der weiteren Entwicklung der Geschichte und wachsender Faszination in den Medien vergrößerten sich auch die Einsätze. Sprecher von Gruppen, die sich für die Rechte Russischsprachiger in Deutschland einsetzen, etwa der Internationale Konvent der Russlanddeutschen, traten an die Öffentlichkeit und brachten ihre Beschwerden vor. Demonstrationen von Russen in Deutschland ließen einen wachsenden Groll erkennen. Kommentatoren griffen die in den Medien verbreiteten Berichte auf und begannen eine heiße Debatte über den Skandal und seine Implikationen, wodurch der Fall schließlich landesweite - und am Ende sogar internationale - Aufmerksamkeit erlangte. Auf den höchsten Ebenen der russischen Regierung äußerte man Besorgnis - bis dahin, dass der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärte, die deutschen Behörden würden mit dem Flüchtlingszustrom nicht fertig und könnten daher auch nicht die Sicherheit der in Deutschland lebenden russischen "Landsleute" gewährleisten.

Die politischen Implikationen dieses angeblichen Verbrechens waren immens. Die Lisa-Geschichte kam wenige Wochen vor den Landtagswah-

len in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf, als Bundeskanzlerin Angela Merkel massivem politischen Druck wegen des Umgangs mit der großen Zahl der Flüchtlinge ausgesetzt war, die aus dem Nahen Osten und anderen Regionen nach Deutschland hereinströmten.

Natürlich hatte die Geschichte einen entscheidenden Mangel: Sie war einfach nicht wahr. Sie war eine verdrehte, erfundene Geschichte, die erstmals auf einer relativ unbedeutenden Website für in Deutschland lebende Russen geschildert und dann vom russischen Staatssender "Perwy kanal" (Erster Kanal) aufgegriffen wurde, den viele der vier Millionen Russischsprachigen in Deutschland sehen. Mit Hilfe des russischen Propagandaapparats entwickelte sich die Story zu einem schrillen politischen Angriff auf das demokratische System Deutschlands.

Allem Anschein nach ging dieser organisierte Täuschungsversuch der russischen Staatsmacht allerdings nach hinten los. Heute, nach dem "Fall Lisa", dürften große Teile der deutschen Eliten und weite Teile der deutschen Bevölkerung Putins Russland in einem anderen Licht sehen als zuvor.

Doch der "Fall Lisa" bleibt aufschlussreich. Er ist nur ein Beispiel für die Ausdehnung autoritärer Einflüsse als Teil eines weitaus umfassenderen Musters, das im vergangenen Jahrzehnt weltweit an Bedeutung gewonnen hat. In dieser Zeit sind autoritäre Regime mutiger sowie internationalistischer geworden und haben Arsenalen einer eigenen Art von "soft power" aufgebaut, die heute in aller Welt eingesetzt werden. Solche Instrumente wurden auch benutzt, um den "Fall Lisa" zu fabrizieren. Staatlich gestützte Medien im Inter-

net wie in traditionellen Sektoren sorgen dafür, dass die Nachricht von staatlichen Medien aufgegriffen wurde. Staatliche gestützte Organisationen (vielfach "GONGOs" genannt: government organized non-government organisations - staatlich organisierte nichtstaatliche Organisationen) provozierten durch ihre Agitation einen öffentlichen Aufschrei. Andere staatlich unterstützte Akteure heizten die Stimmung weiter an, um den politischen Diskurs zu manipulieren.

Russland zeigt sich besonders aggressiv beim Einsatz von soft power, und nicht alle führenden autoritären Regime setzen ihre Medien und andere Einflussinstrumente in derselben Weise ein. Doch alle neuen internationalistischen autoritären Regime investieren erhebliche geistige Arbeit und beträchtliche Mittel in die Einflussnahme auf die weltweiten öffentlichen Meinungen und Diskussionen. Diese Entwicklungen müssen von den Demokratien sehr viel ernster genommen werden als bisher.

Nach der amerikanischen Organisation "Freedom House" befindet sich die Demokratie seit einem Jahrzehnt weltweit auf dem Rückzug. Autoritäre Regime sind kühner geworden und verfügen inzwischen über mehr Mittel, um abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen, noch ehe sie wirklich laut werden. Die Restriktionen für demokratische Stimmen in Russland, China und Iran sind immer raffinierter und in ihrer Wirkung verheerender geworden. Repressive Staaten haben gelernt, das Recht auf rein formelle Weise zur Unterdrückung einer unabhängigen Zivilgesellschaft einzusetzen. Gleichzeitig entwickeln sie immer ausgeklügeltere Techniken, um neue und herkömmliche Medien zu manipulieren. Noch erstaunlicher als die Verfeinerung

der Unterdrückung im eigenen Land ist jedoch, in welchem Maße repressive Regime gelernt haben, jenseits ihrer Landesgrenzen Einfluss auszuüben. Heute arbeiten Diktatoren zusammen und lernen voneinander. Sie teilen Knowhow und Technologie über Landesgrenzen hinweg. Man denke nur an die Strategien, die Russland und China einsetzen, um unabhängige Stimmen im Internet zum Verstummen zu bringen. Im Abstand weniger Monate führten die Behörden in beiden Ländern Regulierungen ein, die es ermöglichen, Internetnutzer mit einer beträchtlichen Zahl von Followern aufzuspüren. Auf diese Weise sollen die einflussreichsten Kommentatoren auf beliebten Plattformen sozialer Medien zum Schweigen gebracht werden.

Die autoritären Regime unterdrücken nicht nur reformorientierte Stimmen in ihren eigenen Ländern, sondern versuchen auch, die internationalen Werte und Normen umzudefinieren, um dadurch die Ausbreitung der Demokratie einzuschränken. Ein wichtiger Hebel für den autoritären Aufschwung ist die Gründung finanziell üppig ausgestatteter Medienunternehmen. Die staatlich gestützten Medien in Russland, einschließlich der im "Fall Lisa" eingesetzten, sind im Westen die bekanntesten. Letztlich sind sie aber nur ein Teil eines umfangreicheren, vieldimensionalen weltweiten Versuchs autoritärer Regime, die Medienwelt nach ihren Vorstellungen zu formen.

Die Washingtoner Zentrale des chinesischen Staatssenders CCTV America beschäftigt etwa dreißig Journalisten, die Inhalte in Mandarin aufbereiten. Mehr als hundert sind mit der Produktion englischsprachiger Inhalte befasst. Außerdem besitzt CCTV Büros in New York und Los Angeles. Im November 2015 kam ans Licht, dass China Radio International (CRI), der staatliche Rundfunk Chinas, heimlich hinter einem globalen Netz von Radiosendern steht. Deren Sendungen stehen somit weitgehend unter der Kontrolle der chinesischen Regierung. Nach einer Recherche von Reuters aus dem Jahr 2015 bringen 33 Sender in 14 Ländern "hauptsächlich Beiträge, die von CRI oder von Medienunternehmen produziert oder bereitgestellt wurden, die der Sender in den Vereinigten Staaten, Australien und Europa kontrolliert". Wie CCTV hat auch RT (früher Russia Today) eine eigene Medieninfrastruktur in den Vereinigten Staaten aufgebaut. Die Zentrale ist in

Washington angesiedelt, es gibt Büros in New York, Miami und Los Angeles. Auch die staatliche Islamic Republic of Iran Broadcasting (IRIB) hat sich global aufgestellt. IRIB unterhält zahlreiche internationale Sender, darunter HispanTV in spanischer und Press TV in englischer Sprache. Das zu IRIB gehörende Sahar Universal Network sendet Programme in Englisch, Französisch, Arabisch, Urdu, Aserbaidschanisch, Kurdisch und Bosnisch. Außerdem unterhält IRIB ein halbes Dutzend Radiosender, die Programme in 25 verschiedenen Sprachen senden.

Das vom russischen Staat finanzierte Online-Portal "Sputnik" operiert in mehr als 30 Sprachen. In der EU ist "Sputnik" unter anderem in Tschechisch, Estnisch, Französisch, Deutsch und Italienisch verfügbar.

Im Rahmen dieses neuen globalen Wettbewerbs konzentrieren die autoritären Trendsetter sich auf Regionen und Länder, in denen demokratische Standards und Werte aktiv in Frage gestellt werden. Russland vergrößert zurzeit rasch seinen Einfluss in den neuen EU-Mitgliedstaaten in Mitteleuropa wie auch auf dem Balkan - beides Gebiete, in denen die Zukunft der Demokratie in Frage steht. So eröffnete das von Russland finanzierte Nachrichtenportal "Sputnik" 2015 einen Dienst in serbischer Sprache. Gleichzeitig verlieren unabhängige Nachrichtenquellen in Serbien rapide an Bedeutung.

China hat inzwischen seinen Einfluss in Lateinamerika und Afrika beträchtlich ausgeweitet und flankiert seine wirtschaftlichen Investitionen mit weitreichenden Initiativen im Bereich der Medien, der Kultur und der Bildung. In immer mehr afrikanischen Ländern beziehen populäre englischsprachige Zeitungen ihre Inhalte kostenlos oder zu sehr günstigen Preisen von der staatlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua. Fernsehzuschauer können ihre internationalen Nachrichten bei CCTV sehen oder bei China Radio International hören. Diese Sender verbreiten in der gesamten Region systematisch chinesische Narrative, und das zu einer Zeit, in der internationale westliche Mediengesellschaften ihre Präsenz in Afrika deutlich reduzieren. In Lateinamerika unterhielt Xinhua 2013 achtzehn Büros, CCTV insgesamt fünf. Die Aktivitäten Chinas in den Bereichen Kultur und Wissenschaft nehmen in Lateinamerika gleichfalls zu; dort gibt es inzwischen 42 Konfuzius-Institute

und Konfuzius-Klassen.

Die neue autoritäre Gefahr für die Demokratie beschränkt sich nicht auf die Manipulation von Nachrichten und Informationen; sie zeigt sich auch in Bemühungen, die Demokratie- und Menschenrechtsmechanismen wichtiger internationaler Institutionen wie des Europarats, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) und den Vereinten Nationen zu schwächen. Außerdem nehmen die autoritären Staaten jene Körperschaften in den Blick, in denen die Grundregeln für das Internet festgelegt werden.

Die autoritären Staaten gründen auch neue internationale Institutionen, die autoritäre Normen auch jenseits ihrer Grenzen verbreiten sollen. Sie nutzen ihre eigenen "Clubs" wie die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit, den Golf-Kooperationsrat und die Eurasische Wirtschaftsunion, um Normen wie "uneingeschränkte Souveränität" oder das Prinzip der "Nichteinmischung in innere Angelegenheiten" über das allgemein akzeptierte Maß hinaus zu institutionalisieren.

Diese Institutionen verstärken die innenpolitische Repression, indem sie den autoritären Regimen dabei helfen, Techniken der politischen Kontrolle miteinander zu teilen, "Watchlists" von Dissidenten untereinander auszutauschen und vertragliche Vereinbarungen über zwangsweise Abweisung von Exilanten und Flüchtlingen zu treffen, die als Terroristen gebrandmarkt werden. Die offensichtlich grenzüberschreitenden Entführungen chinesischer Dissidenten in Thailand und mehrerer Buchhändler in Hongkong durch chinesische Sicherheitskräfte sind erschreckende Beispiele für die Internationalisierung der chinesischen Repression.

Im Zuge umfassenderer Versuche, Vertrauen und Einheit in Europa zu untergraben, pflegen staatliche russische Stellen Verbindungen zu politischen Parteien am linken und rechten Rand des politischen Spektrums. Marine Le Pen "Front National" hat politische und materielle Unterstützung aus Russland erhalten, darunter millionenschwere Kredite russischer Banken. In Deutschland werden die "Alternative für Deutschland" (AfD) und die Partei "Die Linke" - wie auch die illiberale Pegida-Bewegung - von Putin und seinen Unterstützern gefördert. Auf dieser Linie agierten auch vom russischen

Staat gestützte Medien vor der Brexit-Abstimmung am 23. Juni im Vereinigten Königreich. Sie beeinflussten gezielt die öffentliche Meinung zugunsten des Austritts aus der EU - ein weiteres Beispiel für die Versuche Moskaus, alle Kräfte zu unterstützen, die die EU zerstören wollen.

Noch vor einem Jahrzehnt hätte kaum ein politischer Beobachter eine solche internationale Ausweitung des Einflusses autoritärer Regime für möglich gehalten.

Angesichts dieser Globalisierung des Autoritarismus sind wir mit der beunruhigenden Aussicht konfrontiert, dass die einflussreichsten antidemokratischen Regime sich nicht länger damit zufriedengeben, die Demokratie in Schach zu halten. Sie möchten vielmehr die Fortschritte rückgängig machen, die der demokratische Aufschwung im späten 20. Jahrhundert mit sich gebracht hat. Die Herausforderung, die Regime wie die in Moskau, Peking und Teheran darstellen, erreichen ein völlig neues Niveau, seit diese Regime ihre illiberalen Werte und Standards auch jenseits ihrer nationalen Grenzen zu verbreiten versuchen.

Diese Zunahme des autoritären Einflusses fällt in eine Zeit, da die Europäische Union und die Vereinigten Staaten ihre eigenen Bemühungen um eine Förderung der Demokratie und der zugehörigen Werte im Ausland verringern. Vielleicht sollte es nicht überraschen, dass der Autoritarismus just in dem Moment seinen Aufschwung erlebt, in dem die führenden Demokratien der Welt in der Krise zu sein scheinen. Zum Teil geht diese Krise zweifellos auf die massiven globalen ökonomischen Umwälzungen zurück, die in der politischen Elite des Westens kaum verstanden werden. Nicht zu unterschätzen ist aber auch der schleichende Vertrauensverlust, der in den westlichen Ländern zu beobachten ist.

So agieren denn die mächtigsten autoritären Regime der Welt heute in einem Umfeld, das ihren Absichten weit entgegenkommt. Zwar stimmt es, dass die Autokratien selbst mit einer inhärenten politischen und ökonomischen Schwäche leben müssen. Aber es wäre töricht,

die Bedrohung zu unterschätzen, die von ihnen ausgeht. Wenn die demokratischen Fortschritte der vergangenen Jahrzehnte bewahrt werden sollen, müssen die Demokratien der Welt auf die Herausforderung des wiedererstarkten Autoritarismus reagieren. Zunächst einmal müssen die Demokratien der transatlantischen Gemeinschaft ihr Engagement für demokratische Werte erneuern und das Hauptaugenmerk auf die wesentlichen Quellen ihres Erfolges richten.

Zweitens müssen die Demokratien sich weitaus entschlossener im Wettbewerb der Ideen engagieren. Die wiedererstarkten Autokraten setzen massiv auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Überzeugungen in anderen Ländern; das sollten die Demokraten gleichfalls tun. Dazu bedarf es neuer und verstärkter Anstrengungen auf dem Feld der internationalen Medien sowie der staatlichen Diplomatie. Dabei sollte man intensiven und innovativen Gebrauch von den sozialen Medien machen und neue Wege begehen, um den unabhängigen Journalismus zu unterstützen. Hierher gehören auch erheblich stärkere Bemühungen um die Verbreitung demokratischen Wissens und demokratischer Vorstellungen durch deren Übersetzung in andere Sprachen.

Drittens müssen die Demokratien wieder zu neuem Selbstbewusstsein finden und die Funktion ihrer eigenen mangelhaften Institutionen verbessern. Die Demokratie mag im Augenblick nicht sonderlich leistungsfähig sein, aber das war auch vor vierzig Jahren der Fall, als die Vereinigten Staaten und Europa von wirtschaftlicher Stagnation und politischen Krisen heimgesucht wurden. Die Demokratien haben bewiesen, dass sie nach schwierigen Zeiten zu Selbstkorrektur und zu Erneuerung fähig sind. Aus dieser Erinnerung sollten sie Mut schöpfen.

Pragmatische Akteure und Denker aus dem gesamten politischen Spektrum in den Vereinigten Staaten, um nur ein Beispiel zu nennen, haben eine Reihe möglicher Reformen an den institutionellen Regeln und Verfahren vorgeschlagen, die den Stillstand beenden und

zu Kompromissen ermutigen könnten. Diese Vorschläge verdienen eine ernsthafte Prüfung.

Viertens müssen die Demokratien verhindern, dass wichtige regionale und globale Institutionen durch die autoritären Regime ausgehöhlt werden. Insbesondere müssen demokratische Regierungen und Vertreter der Zivilgesellschaft sich gemeinsam darum bemühen, die hartnäckigen Versuche Chinas, Russlands und ihrer Verbündeten in zentralen internationalen Institutionen zu vereiteln, "multilaterale" (auf Staaten fokussierte) statt an vielfältigen Interessen orientierte (pluralistische) Ansätze zu verfolgen und auf diese Weise autoritäre Normen einzuführen, die in direktem Widerspruch zur Freiheit im Internet stünden.

Die etablierten Demokratien müssen auch größere und durch konkrete Unterstützung bewiesene Solidarität mit Ländern wie Georgien, der Ukraine oder Tunesien üben, in denen die Demokratie gerade erst Fuß fasst und die trotz großer Schwierigkeiten repräsentative Institutionen zu schaffen versuchen. Schließlich müssen die etablierten Demokratien erkennen, dass die neuen Gefahren und Risiken an ihre Substanz gehen und längerfristiges Engagement und kreative Lösungen erfordern. Der Versuch, demokratische Werte zu unterwandern, wie er im "Fall Lisa" zum Ausdruck kam, ist Teil eines neuen und unerwarteten Wettbewerbs zwischen demokratischem Liberalismus und autoritärem Illiberalismus. Angesichts der wachsenden Ambitionen der autoritären Regime steht für die Demokratien viel zu viel auf dem Spiel, als dass sie diesen Wettbewerb aussitzen könnten.

* * *

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Michael Bischoff.

Christopher Walker ist Vizepräsident für Forschung und Analysen am National Endowment for Democracy in Washington, D. C. Marc F. Platter und Larry Diamond sind Mitbegründer und Mitherausgeber des "Journal of Democracy" sowie Vorsitzende des Research Council of the International Forum for Democratic Studies.

Abbildung:

Gerhard Richter, War Cut, 2002, fotografiertes Detail des abstrakten Bildes Nr. 648-2 von 1987 © Gerhard Richter 2016.

Wörter:

2365